

Sammlung!

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Stellame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwanngswelcher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Nummer 50

Dienstag, den 1. März 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 2. März 1927, vorm. 10 Uhr

sollen in Pulsnitz, Sammelort der Dieter Restaur. „Birgergarten“

- 1 Nähmaschine, 1 Wanduhr
- 1 Stubenbüffet, 1 Schreibtisch
- 1 Sofa und 1 Auszugstisch

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Der Bund Deutscher Mietervereine protestiert gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume und die Mietsteigerung.

Die Eisenbahn- und Reichsarbeiter haben neue Lohnforderungen eingereicht.

Der deutsche Gesandte in Polen, Rauscher, erstattete dem Reichspräsidenten Bericht über die deutsch-polnischen Beziehungen.

In der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Februar d. J. wies die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland einen Rückgang um 25 000 Personen auf.

In Bismarckhütte und den umliegenden Orten wurden am Sonntag morgen einige heftige Erdstöße bemerkt, die drei bis fünf Sekunden dauerten. In den Wohnungen fielen einige Möbelstücke um. Die Ursache der Erschütterungen konnte bisher noch nicht genau ermittelt werden.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat in der Nacht zum Sonntag ein 18 jähriger Expedient nach kurzem Wortwechsel seine Geliebte durch einen Kopfschuß getötet. Sodann löbete er sich ebenfalls durch einen Schuß in den Kopf. Das Mädchen soll angeblich ohne seine Zustimmung einen Maskenball besucht haben.

Am Montag nachmittag ist in München der bekannte Maler Professor Ludwig Ritter von Zumbusch im Alter von 85 Jahren an einer Grippe, verbunden mit Lungenentzündung gestorben.

Im Aermelkanal ging ein englischer Dampfer unter, 20 Seelen ertranken.

Aus Moskau wird gemeldet, daß durch einen heftigen Sturm in der Krim die Stadt Balaklawa stark mitgenommen ist. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

Die großen Petroleumvorkommen zwischen Ploest und Baisa sind in Brand geraten. Die tiefer liegenden Quellen wurden von dem ausfließenden Petroleum überschwemmt, so daß der Brand immer weiter getragen wurde. Der Brand ist noch nicht gelöscht. Der bisher geschätzte Schaden soll sich auf viele Millionen Lei belaufen.

Die G. P. U. hat in Turkestan 4 Banditen festgenommen und standrechtlich erschossen, die in der letzten Zeit 1500 Stück Vieh geraubt und geschlachtet hatten

Wiederaufnahme der deutsch-franz. Handelsvertragsverhandlungen

Die deutsche Delegation wieder in Paris

Die Einwirkung des Sozialismus auf die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens — Von Schubert nach San Remo abgereist — Polnischer Ministerbesuch in Schlesien — Die neuen polnischen Forderungen in der Niederlassungsfrage 1 Million Truppen zur Verteidigung Schanghais — Die englische Presse zur russischen Note

Berlin. Der Leiter der deutschen Delegation für die neuen Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich ist mit mehreren Mitgliedern des Answärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums nach Paris abgereist. Die Verhandlungen sind am 1. März offiziell wieder aufgenommen worden.

Gegenstand der Verhandlungen ist die Ergänzung des bisherigen provisorischen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, der bereits fast alle allgemeinen Bestimmungen eines Handelsvertrages enthält, durch zolltarifartige Vereinbarungen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird zunächst die Weinfrage stehen. Die deutsche Regierung hat der Verlängerung des provisorischen Handelsvertrages vor einigen Wochen nur unter der Bedingung zugestimmt, daß, entgegen dem französischen Wunsche, keine Aenderung an den Weinzöllen vorgenommen und die Zölle für die Einfuhr französischer Weine nach Deutschland nicht den Sägen des italienischen oder spanischen Handelsvertrages angeglichen würden. Die französische Regierung hat daraufhin das Recht erhalten, falls in den Verhandlungen in Paris eine Einigung über den Weinzoll nicht erreicht wird, den provisorischen Handelsvertrag am 21. März zum 31. März zu kündigen. Man wird also in Paris bei Berücksichtigung des neuen französischen Zolltarifs, der übrigens noch immer auf der Basis des Papierfrankens aufgestellt ist, zu Klären versuchen müssen, ob Deutschland gegen entsprechende

Die Unterstützung dieser Parteien durch alle Wirtschaftsgruppen sei eine staatspolitische Notwendigkeit.

Staatssekretär von Schubert nach San Remo abgereist?

Berlin. Wie „Der Tag“ hört, hat Staatssekretär von Schubert sich gestern abend nach San Remo begeben, um noch vor der Genfer Tagung des Völkerbundesrates eine Rücksprache mit Außenminister Dr. Stresemann zu haben, die im wesentlichen informatorischer Natur sein dürfte. Ob der Staatssekretär von San Remo erst noch einmal nach Berlin zurückkehrt oder ob er den Minister von dort nach Genf begleitet, steht zur Zeit noch nicht fest.

Polnischer Ministerbesuch in Schlesien.

Kattowik. Der polnische Minister des Außen, Jaleski, und Handelsminister Kwiatkowski, die am Sonntag in Kattowik weilten, hatten zunächst eine Besprechung mit dem Boiwoden Dr. Gracinski. Die Minister fuhren dann nach Hohenlohehütte und besuchten das Städtchen in Chorzow. Dann empfingen beide Minister eine Reihe von Delegationen, darunter eine Abordnung des Deutschen Volksbundes unter Führung des deutschen Sejmabgeordneten Ullrich und des Grafen Fendel-Donnermark zur Besprechung von Fragen des Minderheitenschulwesens in Oberschlesien. Am Abend reisten die Minister nach Warschau zurück.

Zu den neuen polnischen Forderungen in der Niederlassungsfrage

Berlin. Von deutscher halbamtlicher Seite wird zu der Entschlieung des staatlichen polnischen Auswanderungsrates bemerkt: Diese Entschlieung ist wohl wesentlich als Beitrag zu dem polnischen Propagandamaterial in der Niederlassungsfrage anzusehen. Bezeichnend ist die Forderung des Schutzes des inneren polnischen Arbeitsmarktes, während Deutschland jährlich noch über 100 000 polnischen Wanderarbeitern Verdienst gibt. Natürlich regelt das provisorische Abkommen vom 9. Dezember 1926 seiner Natur nach nur einen Teil der Wanderarbeiterfrage. Bei den noch nicht geregelten Punkten, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung hat die deutsche Seite aber bei den bisherigen Verhandlungen ein außerordentliches Entgegenkommen gezeigt. Welcher besondere konsularische Schutz den polnischen Wanderarbeitern über die völkerrechtlichen Gepflogenheiten hinaus zugestanden werden soll, ist unerfindlich. Daß Ausweisungen polnischer Wanderarbeiter bei der Rückwanderung Ende v. J. nicht vorgenommen worden sind, ist schon wiederholt festgestellt worden.

1 Million Truppen zur Verteidigung Schanghais

London. Die britischen Truppen in Schanghai haben die Verteidigungslinie auf 20 Meilen um die Niederlassung herum ausgedehnt. Marshall Tschangschungtschang dirigiert seine Hauptmacht jetzt um Schanghai herum nach Sungkiang. Ein anderer Teil seiner Truppen marschiert von Nanking aus in südlicher Richtung, um die Kantonesen auch westlich von Hangschau abzuschneiden. Aus Santau ankommende Fremde berichten, daß die Kantonesen in der Tschekiangprovinz

Der Trumpf der Sowjets.

Am 23. Februar wurde dem Sowjetgeschäftsträger in London eine britische Note übergeben, in der auf die feindliche Propaganda der Sowjets hingewiesen und gedroht wurde, die Beibehaltung der gewöhnlichen diplomatischen Beziehungen werde dadurch gefährdet. Die Engländer brachten in dem Schriftstück alle ihre Beschwerden vor, sie erinnerten an das Abkommen mit der Sowjetregierung vom 4. Juni 1923, durch das sich Rußland verpflichtete, nichts zu tun, um eine Rebellion in Großbritannien zu fördern, sie machten den Sowjetvertreter auf die fortgesetzten Verstöße gegen die feierlichen Verpflichtungen Rußlands aufmerksam, die öffentliche Haltung von Männern, die in Rußland in hoher Stellung stünden, stehe im Widerspruch zu den Erklärungen des guten Willens, die privat von den Sowjetvertretern in Großbritannien gegeben wurden. Die britische Regierung ging auf Krasins Kampagne ebenso ein wie auf Tschitscherins Rede in Berlin, das Verhältnis zu Rußland in den Randstaaten, in Persien, besonders aber in China bildete den Schlußteil der Note.

Nunmehr hat Moskau an England geantwortet. In Paris hat die Schärfe der Antwort überrascht, in Berlin wohl weniger. In dem von Litwinow unterzeichneten Schriftstück werden alle englischen Anschuldigungen zurückgewiesen. „Die Sowjetregierung lehne jede Verantwortung für einen etwaigen Bruch ab, da ein solcher von der Sowjetregierung nicht gewünscht und nicht provoziert sei.“ Die russischen Zeitungen verhöhn England wegen seiner China-politik, die innere russische Propaganda wird verstärkt, Massenversammlungen werden nach den Fabriken mit der Forderung einberufen: „Hände weg von Sowjetrußland.“

Wie so oft nach dem Kriege, hat auch Rußland gegenüber die englische auswärtige Politik verjagt. Der Niedergang Deutschlands, vor allem seine Entwaffnung durch den Versailler Vertrag, war zu gleicher Zeit der Beginn des

Die Einwirkung des Sozialismus auf die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens.

Berlin. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Rademacher sprach in Lübeck in einer Versammlung deutschnationaler Wirtschaftskreise unter Beteiligung der deutschnationalen Arbeiterschaft über „Die Einwirkung des Sozialismus auf die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens“. Er sieht in der Sozialdemokratie diejenige Partei, die sich als eine Arbeiterpartei berufsständischer Orientierung aufgebaut habe. Damit sei eine politisch ungesunde Entwicklung angebahnt, die sich seitdem auch im nichtsozialistischen Lager mehr und mehr fortsetze. Die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum als wahre Volksparteien seien zusammengehalten auf der Grundlage der Weltanschauung ihrer Wähler. Der Ausgleich der bestehenden wirtschaftlichen Grundzüge erfolge auf dieser Grundlage innerhalb dieser Parteien selbst. Auf dieser Uebereinstimmung des Aufbaues beruhe die Möglichkeit ihrer Zusammenarbeit; die Dauer ihrer Zusammenarbeit und die Möglichkeit einer gedeihlichen parlamentarischen Tätigkeit überhaupt hänge davon ab, ob und in welchem Maße es gelingt, die jetzige Entwicklung der neuen Interessengruppen aufzuhalten und zu gesunden politischen Verhältnissen zurückzuführen.

